

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KIX/233

Bonn, den 7. Dezember 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>KURATORIUM UNTERLEBARES DEUTSCHLAND</u> Positives Ergebnis der 10. Jahrestagung in Berlin	72
3	<u>Jetzt Mittel aus dem Verteidigungsetat ?</u> Die Ehrlichkeit des Bundeshaushalts in Frage gestellt	39
4	<u>Amerika an der Jahreswende</u> Innerpolitisch erfolgreich - aussenpolitisch schwierig Von unserem Korrespondenten in der USA	52
5 - 6	<u>Dem Volk von Santo Domingo gestohlen</u> Es geht um 20 bis 30 Millionen Dollar Die Trujillo-Story - Zweiter Akt Von Pierre Simonitsch, Genf	94

* * *

*

KURATORIUM UNTEILBARES DEUTSCHLAND

Positives Ergebnis der 10. Jahrestagung in Berlin

G.M. - Als Ergebnis der 10. Jahrestagung des KURATORIUM UNTEILBARES DEUTSCHLAND - 3. bis 5. Dezember 1964 in Berlin - kann festgestellt werden:

1. Der die Parteigrenzen sprengende Wille zur Gemeinsamkeit in allen Fragen, die das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands berühren, kommt jetzt so stark zum Ausdruck, daß jeder Versuch, ihn zu stören, schon im Ansatz zum Scheitern verurteilt ist.
2. Es gibt weder Resignation noch Stillstand in den vielfältigen Bemühungen, die Wiedervereinigung unseres Volkes in gesicherter Freiheit als d i e zentrale Aufgabe der deutschen Politik immer wieder darzustellen.
3. Solange es nicht möglich ist, die internationale Politik in Richtung auf die Wiedervereinigung zu bewegen, sind die Deutschen im freien Teil unseres Vaterlandes verpflichtet, das äußerste zu tun, um den inneren Zusammenhalt der Nation trotz aller Separationsbestrebungen zu bewahren.
4. Bei dem Versuch, den Menschen jenseits von Todesstreifen und Mauer das Schicksal zu erleichtern, die menschlichen Beziehungen zu fördern und auch mit Hilfe kleiner Schritte den Zustand des Status quo zu mildern, haben Dogmen keinen Sinn, dürfen Paragraphenvorbehalte und spitzfindige Dialektik nicht den Ausschlag für eine Entscheidung geben.
5. Das ständige Bemühen um die Überwindung der Spaltung darf nicht gehemmt werden durch die Überlegung, wie "die andere Seite" unter Umständen diese oder jene von uns in demokratischer Unabhängigkeit und als freie Bürger getroffene Entscheidung deuten könnte.
6. Die Grenze des Zumutbaren bei möglichen Vereinbarungen wirtschaftlicher, kultureller oder technischer Art liegt für uns dort, wo durch bestimmte Maßnahmen Entscheidungen vorweggenommen werden sollen, die erst in einem Friedensvertrag von g a n z e n deutschen Volk zu verantworten wären.

* * *

Illusionslos wurden diese Gedanken in den zahlreichen Aussprachen und Diskussionen während der 10. Jahrestagung des KURATORIUM nach allen Richtungen hin erörtert, auf ihre Realisierbarkeit überprüft und mit neuen Akzenten versehen. Erfreulich ist, daß an den Diskussionen bedeutend mehr jüngere Delegierte beteiligt waren, als

bei früheren Anlässen ähnlicher Art. Das gab der diesjährigen Tagung ohne Zweifel neue Impulse.

Es zeigte sich, daß die jüngeres Diskussionsredner die politischen Probleme ohne Pathos und mit einem gesunden Pragmatismus anpeilten, daß sie das Mögliche zu erkennen suchen und unwillig reagieren, wenn jemand mit abgegriffenen Schablonen "Politik" zu machen versucht. Das ist eine sehr positive Entwicklung der Arbeit des Kuratoriums. Auf diese Weise ist es auch eher möglich, zu praktischen Vorschlägen zu gelangen und nebelhafte Vorstellungen darüber, wie etwas sein sollte, beiseitezulegen.

* * *

Während der Tagung in Berlin spielte natürlich auch die Frage eine Rolle, ob es gut ist, daß ein Sprecher der Bundesregierung sofort den Bremshebel zieht, wenn in der UNO davon gesprochen wird, die deutsche Frage sei eines der großen ungelösten Probleme, die den Frieden gefährden können. Allgemein wurde die Tatsache positiv registriert, daß die Deutschlandfrage überhaupt wieder ins internationale Gespräch kommt, obwohl man natürlich weiß, wie problematisch - formal gesehen - die Behandlung des Deutschlandkomplexes vor der UNO wäre. Entscheidend ist jedoch nach dem übereinstimmenden Urteil der Tagungsteilnehmer die Aussicht, daß die Deutschlandfrage zumindest nach den Maximen der Charta der Vereinten Nationen erörtert wird. Herbert Wehner, der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche Fragen, erhielt eine Ovation, als er sagte, wir Deutschen dürften niemals und nirgends den Eindruck erwecken, als hätten wir Angst davor, unseren Standpunkt vor dem Forum der Welt zu vertreten.

* * *

Es gab auf dieser 10. Jahrestagung des KURATORIUM keine "Fraktionen". Die Delegierten, die auf den unterschiedlichen Ebenen in der praktischen Wiedervereinigungsarbeit stehen, haben sich - ganz gleich von welcher Partei sie kommen - zu der Erkenntnis durchgerungen: Es gibt nicht nur sogenannte große politische Entscheidungen, die das Deutschlandproblem in Bewegung bringen können, auch sehr viele Detailfragen, die oft fälschlicherweise als klein bezeichnet wurden, können den Gang der Geschichte beeinflussen.

So ist das KURATORIUM seit seinem Bestehen über zahlreiche Umwege zu einem kraftpendenden Zentrum geworden, von dem in Deutschland selbst, aber auch im Ausland viele gute Impulse für die deutsche Sache ausgehen können.

+ + +

Jetzt Mittel aus dem Verteidigungsetat ?

Die Ehrlichkeit des Bundeshaushalts in Frage gestellt

sp - Neue Riesenausgaben kommen auf den diesjährigen Haushalt zu. Allein die Senkung des Getreidepreises wurde mit fast anderthalb Milliarden DM veranschlagt, die als Subventionen der deutschen Landwirtschaft zufließen. Die Erhöhung des Kindergeldes und andere vorgesehene Maßnahmen gehen in viele hunderte Millionen. Woher die Mittel nehmen?

Im Haushalt mit seiner magischen Grenze von 65 Milliarden DM finden sie keine Deckung. Was bietet sich als Ersatz an? Regierungssprecher und Haushaltsexperten der Koalitionsparteien verweisen nun auf den Etat des Verteidigungsministeriums. Aus ihm sollen allein etwa anderthalb Milliarden DM zur Deckung der übrigen Ausgaben genommen, gewissermaßen zweckentfremdet werden. Der Vorschlag kommt von der Regierungsseite; nicht auszudenken, was geschähen wäre, würden ihn die Sozialdemokraten in die Diskussion geworfen haben.

Wo bleibt hier die Haushalts Ehrlichkeit? Der unbefangene Bürger bekommt den Eindruck von Schludrigkeit. Wenn man Milliardenbeträge von einem Titel auf andere Titel verschieben kann, so muß vieles nicht in Ordnung sein. Stimmt heute nicht mehr, was bei der Verabschiedung des Verteidigungsetats der Verteidigungsminister als Begründung für seine Höhe sagte? Trifft dies zu, dann liegt eine Irreführung des Parlaments und der Öffentlichkeit vor. Der Steuerzahler bekommt das unguete Gefühl, getäuscht worden zu sein.

Im Lichte dieser willkürlichen Transaktionen mit Milliardenbeträgen aus dem Verteidigungshaushalt erhält der Vorschlag der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eine erhöhte Bedeutung. nach amerikanischem Vorbild eine Kommission von Experten einzusetzen, die den Verteidigungshaushalt gründlich durchforstet, ohne daß darunter die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik leidet.

Es liegen gute amerikanische Erfahrungen in dieser Richtung vor, wovon sich eine Delegation von Bundestagsabgeordneten aus allen Parteien durch Augenschein überzeugen konnte. Der Verteidigungshaushalt der USA konnte um drei Milliarden Dollar durch Rationalisierung gesenkt und die Effektivität des Verteidigungssystems gleichzeitig beträchtlich verstärkt werden.

Unser Verteidigungsminister griff bisher die Anregungen der Abgeordneten nicht auf. Warum eigentlich nicht? Soll es bei dem bisherigen Zustand bleiben? Ein rationalisierter Verteidigungshaushalt würde Manipulationen mit Riesenbeträgen nicht zulassen, in ihm hätten alle vorgesehenen Mittel ihre richtige Verwendung. Es gäbe mehr Ehrlichkeit, der Steuerzahler wüßte, welche Verwendung sein Geld findet.

Amerika an der Jahreswende

Innenpolitisch erfolgreich - außenpolitisch schwierig

Von unseren Korrespondenten in der USA

New York, Mitte Dezember

Die USA stehen am Ende des Jahres 1964 innenpolitisch stark, gefestigt und solide fundiert da; außenpolitisch ist die Situation nicht so gut. Es ist nötig, auf der Passivseite der amerikanischen Jahresbilanz auf die ewige Krise von Vietnam hinzuweisen, in der so viel für die politische Zukunft Ostasiens und des ganzen Pazifik auf dem Spiele steht. Man darf in Vietnam eines nicht vergessen, was oft übersehen wird: Seit gut zwei Jahren geht dort alles schief und die Lage verschlechtert sich ständig, - aber irgendwie, fast aus Wunderbare grenzend, ist der hundertmal prophezeite Zusammenbruch des Regimes von Saigon nicht erfolgt, der Sieg der Kommunisten keineswegs gesichert, die amerikanische Intervention durchaus noch nicht gescheitert. Entweder ist es wirklich so, daß Asiaten, auch kommunistische, mit anderen Zeitmaßstäben rechnen als wir, - oder aber, die Lage ist nicht so hoffnungslos verfahren wie die Pessimisten behaupten, und radikale Wechsel im politischen Ablauf wie im Kriegsglück sind immer noch denkbar.

Aus diesen Grunde behalten auch jene anderen Propheten bisher immer wieder unrecht, die voraussagen, daß die US-Regierung bald dramatische "neue Beschlüsse zur Lage in Vietnam" fassen werde und müsse; Präsident Johnson hat sich bisher vielmehr vor solchen "dramatischen" Entscheidungen gehütet und sich auf gelegentliche Kleinkorrekturen der bisherigen Strategie beschränkt. Das mag sich ändern müssen, - aber aus mancherlei Gründen, schon um Moskau nicht zu alarmieren, wird man vermutlich selbst radikale Kurswechsel in die diskreten Formen bescheidener Truppenvermehrungen oder strategischer Umgruppierungen zu kleiden suchen.

Im Grunde genommen aber sind die latenten Schwierigkeiten in der NATO - die französische Haltung und das Hin- und Herbewegen des NATO-Komplexes - für die Amerikaner viel unangenehmer. Präsident Johnson spielt die Karte der gemischten Polarisflotte durchaus geschickt aus, nämlich mit gelassener Elastizität, bereit, sich über Korrekturen des ursprünglichen Planes mit jedermann zu einigen. Damit hat er sich aus der Sackgasse herausgewunden, die durch den Mangel von Enthusiasmus bei mehreren Verbündeten entstanden war. Es gibt noch andere außenpolitische Passivpunkte: Die Unheimlichkeit der chinesischen Atomombe, das Rätselraten über die neuen Herren im Kreml, die wilde Reaktion der Kommunisten und vieler Neutralisten auf die Rettungsaktion im Kongo und die grotesk-fanatistische Halsstarrigkeit der Russen in der Frage der rückständigen Beiträge zu den "Vereinten Nationen" - ein Konflikt, den Moskau willkürlich, völlig unnötigerweise, provoziert hat. - Das sind alles keine unmittelbaren Gefahren oder potentielle Sowjetfolge, aber es liegt eine Akkumulation westlicher Peinlichkeiten vor, denen im Augenblick die amerikanische Regierung unerschlossen oder unklar gegenüberzustehen scheint. Das ist in der Tat erstaunlich: Präsident Johnson ist mit großer Mehrheit wiedergewählt worden, die Kontinuität und Stabilität der amerikanischen Politik ist gewahrt; die wirtschaftliche Lage ist gut, das neue Bürgerrechtsgesetz hat bewirkt, daß sich die Gegensätze zwischen Schwarz und Weiß abschleifen. Das Land bietet einen Anblick von Geschlossenheit, Stärke und Stabilität wie schon lange nicht mehr. Um so größer ist der Gegensatz zur weltpolitischen Malaise; um so beklemmender, daß die Bilanz zum Jahresende nicht ungetrübt ausfällt, sondern eine Anzahl Schatten aufzuweisen hat.

Dem Volk von Santo Domingo gestohlen

Es geht um 20 - 30 Millionen Dollar
Die Trujillo-Story - Zweiter Akt

Von Pierre Simonitsch, Genf

Am 30. Mai 1961 beendete der Diktator von Santo Domingo, "Benefactor" (Wohltäter) Rafael Leonidas Trujillo sein abenteuerliches Leben unter dem Kugelregen einer Verschwörung. Der erste Akt der "Trujillo-Story" war abgeschlossen, aber das grausige Spiel ging weiter. Trujillos ältester Sohn und neues Familienoberhaupt, Rafael Ramfis, übernahm in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Streitkräfte die Macht, die er formell mit dem Staatspräsidenten teilte, und übte furchtbare Rache an den verhafteten Verschwörern. Das dauerte aber nicht lange - Unruhen und amerikanischer Druck setzten den Präsidenten im November des gleichen Jahres in die Lage, die gesamte Familie Trujillo ins Exil zu schicken. Dabei vergaßen die Trujillos nicht, die im Laufe der 30-jährigen Diktatur zusammengegrafften Schätze soweit als möglich auf ihre Luxusjacht zu verfrachten, bevor die neue dominikanische Regierung Hand darauf legen konnte.

Firma Nixon und Co.

Besagte Familie Trujillo besteht neben Rafael jun. aus dessen Geschwistern Angelita und Rhadames sowie ihrer Mutter mit dem unaristokratischen Mädchennamen Martinez. Daneben hinterließ der ermordete Diktator noch eine Tochter aus erster Ehe, Flore des Oro, und von seinen zahlreichen unehelichen Kindern fünf, die er legal anerkannt hatte. In den Vereinigten Staaten angekommen, versammelte der neue Familienchef die Häupter seiner Lieben und versprach ihnen die Aufteilung des väterlichen Vermögens, das sich nach seinen Angaben auf 8 Millionen Dollar bezifferte. Die fünf unehelichen Kinder des "Benefactors" und dessen Tochter aus erster Ehe verweigerten jedoch ihre Unterschrift unter das Teilungsdokument; sie wußten, daß das tatsächliche Vermögen etwa das Hundertfache betrug. Sie beauftragten das Anwaltsbüro der "Miami Beach First National Bank", das vom ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Richard Nixon geleitet wird (Nixon, Stern, Baldwin & Todd), mit der Vertretung ihrer Interessen in der neuen und der alten Welt. Rechtsanwalt Nixon hat auch eine Kanzlei in Paris.

ins Trockene gebracht

Gleichzeitig verfügt die neue, diesmal gewählte Regierung in Santo Domingo unter Professor Bosch die Konfiskation aller Güter der Familie Trujillo und verlangte die Zurückerstattung aller dem Volk geraubten Schätze. Anfang 1963 machte die dominikanische Botschaft in Paris die französischen Behörden darauf aufmerksam, daß sich ein Teil dieser Schätze sauberlich in 800 Kubikmeter Kisten verpackt in einem Gebäude in Boulogne versteckt befand. Als sich aber die Polizei zum Handeln entschloß, waren die meisten Kisten bereits weggeschafft. Zwei ehemalige dominikanische Diplomaten wurden verhört, mußten aber mangels an Beweisen wieder freigelassen werden und konnten sich nach Spanien absetzen. Die verschwundenen Kisten hatten angeblich den Weg über die Schweizer Grenze genommen.

Den Trujillos war es nicht nur gelungen, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen, sondern diese auch noch gewinnbringend anzulegen. Mit Hilfe einer in Luxemburg eingetragenen Holdinggesellschaft, hinter welcher der spanische Großindustrielle und Franco-Schützling Julio Munoz

stand, konnte die Familie sogar durch eine geschickte Transaktion die Kontrolle über zwei kleinere Schweizer Banken erlangen. Als der Skandal durch Verrat aufflog, erklärte die Munoz-Gruppe, die Trujillos seien wieder ausgebootet worden. Dennoch ist es kein Geheimnis, daß sich bedeutende Summen aus dem Besitz des dominikanischen Diktators noch immer in Schweizer Geldinstituten befinden. Man schätzt diese Fonds auf 20 - 30 Millionen Dollar.

Mordverdacht und Filmsternchen

Im letzten Sommer hatte dann die Staatsanwaltschaft des Kantons Genf aufgrund einer von der "Miami Beach First National Bank" eingebrachten Klage ein internationales Strafmandat ausgeschrieben. Die Anschuldigungen gegen die Trujillos lauteten auf Vertrauensbruch, Diebstahl, Fälschung und Betrug. Rafael, Angelita, deren Mann Leon Espevez und Frau Martinez leben gegenwärtig in Spanien und brauchen kaum ihre Auslieferung zu befürchten. Übrigens hatte sich auch die dominikanische Regierung vergebens um die Auslieferung von Rafael Trujillo und Leon Espevez, die des Mordes angeklagt sind, an die Gerichtsbarkeit in Madrid gewandt. Der jüngste Sohn des Diktators hatte sich in Frankreich niedergelassen, wo er anfangs des Jahres das Filmsternchen Danièle Gaubert heiratete. Er wurde verhaftet und dieser Tage der Genfer Justiz überstellt. Hier kam es zum Theatereffekt: Nach einer achtstündigen Verhandlung wurde Rhadames Trujillo ohne Festsetzung seiner Kautions wieder auf freier Fuß gesetzt. Seine Verteidiger hatten ganze Arbeit geleistet. Das Strafverfahren wurde eingestellt und die Angelegenheit kann jetzt nur mehr vom zivilrechtlichen Standpunkt aus weiterbehandelt werden.

Dabei wurden aber interessante Einzelheiten bekannt. Die Klage gegen die Trujillos im Namen ihrer Halbgeschwister wurde ursprünglich von einem schweizerisch-dominikanischen Doppelstaatsbürger namens Nolan Rosenberg eingebracht, bis sich die "Miami Beach First National Bank" dafür interessierte. Rosenberg, ein Vertrauensmann des alten Diktators, verwaltete nach dem Umsturz das Vermögen der exilierten Familie Trujillo. Offenbar erschien er dann den Trujillos als überflüssig; man bezichtigte ihn angeblicher Unregelmäßigkeiten und er verlor seinen Job. Seine Rachegefühle und sein Geschäftstypus ließen ihn in der Folge die Gegenpartei ergreifen, was ihm bei einem eventuellen juristischen Erfolg auch kein schlechtes Honorar einbringen würde. Mehrere Banken hüben und drüben des großen Teichs haben sich liebevoll der verschiedenen Streitparteien angenommen. "Ali Baba und die vierzig Räuber" spöttelt man in Genf.

Dominikanische Regierung schweigt

Niemand kann sich aber das Stillschweigen der gegenwärtigen dominikanischen Regierung erklären, der es eigentlich nicht an Interesse fehlen sollte. Durch Herbeischaffen von belastendem Material hätte sie dem Genfer Prozeß eine andere Wendung geben können. Hat sie sich auf die Taktik des Abwartens verlegt oder ist etwa schon wieder Sand ins Getriebe gekommen? Die dominikanische Vertretung in Genf hat nach ihren Angaben keinerlei Instruktionen erhalten, und die Botschaft in Bonn, die offiziell auch für die Schweiz zuständig ist, hat bisher noch keinen Kommentar abgegeben.